

Antrag

der Fraktion der SPD

Haushaltspolitische Konsequenzen für den Bundeshaushalt 1987 Ergänzung des Haushaltsentwurfs 1988 Überarbeitung der Finanzplanung bis 1991

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Haushaltsvorlagen der Bundesregierung stellen keine ausreichende Beratungsgrundlage dar:

1. Wesentliche Eckdaten und Einzelansätze des Bundeshaushalts 1987 sind überholt. Seit der Verabschiedung des Haushalts 1987 im November 1986 sind insbesondere folgende Änderungen eingetreten:

- Die Bundesregierung mußte die Annahmen über das gesamtwirtschaftliche Wachstum 1987 erheblich nach unten korrigieren; die von ihr unterstellten Annahmen werden von wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten als überhöht bewertet.
- Die Steuereinnahmen des Bundes fallen — nach der Steuerschätzung vom Mai 1987 — um 4 Mrd. DM geringer aus, als noch bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1987 im November letzten Jahres eingesetzt wurden.
- Die Investitionsausgaben des Bundes sind schon Mitte diesen Jahres um 500 Mio. DM abgesenkt worden. Damit werden die ohnehin zu geringen beschäftigungspolitischen Anstöße des Haushalts 1987 noch weiter verringert.
- Die Neuverschuldung des Bundes 1987 muß schon jetzt gegenüber den vom Parlament im November letzten Jahres beschlossenen 22,3 Mrd. DM um 4 Mrd. DM auf 26,3 Mrd. DM erhöht werden.

- Im November letzten Jahres wurden bei der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1987 Ausgaben in Höhe von 1,1 Mrd. DM gesperrt. Dieser Betrag ist vorab vom Gesamtausgabevolumen des Haushalts abgesetzt worden, ohne daß die erforderlichen Kürzungen bei den Einzeltiteln ausgewiesen wurden. Das hat dazu geführt, daß die wirklich verfügbaren Beträge der von der Sperre betroffenen Einzeltitel im Haushalt 1987 noch immer nicht bekannt sind, die Ausgangslage für 1988 verfälscht wird und die tatsächliche Veränderung der Ausgabenansätze 1988 gegenüber 1987 nicht ersichtlich ist.

Es ist notwendig, unverzüglich die gebotenen haushaltspolitischen Konsequenzen zu ziehen. Es muß erkennbar werden, wie sich die Lage der Bundesfinanzen 1987 wirklich darstellt, um eine vernünftige Vergleichsbasis für den Bundeshaushalt 1988 zu erhalten.

2. Feststehende Mehrbelastungen von mindestens 3,5 Mrd. DM und noch offene Entscheidungen werden die finanzwirtschaftliche Struktur des Bundeshaushaltsentwurfs 1988 wesentlich verändern, insbesondere

- höhere Abführungen an die EG in Höhe von mindestens 2 Mrd. DM bei Anhebung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage von 1,4 auf 1,6 v. H.,
- Ausgleich des jetzt schon absehbaren Defizits der Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1988 von 1,5 Mrd. DM,
- Entscheidung über die Fortführung der Städtebauförderung durch den Bund,
- weitere angekündigte Entscheidungen in den Bereichen Kohle, Stahl, Werften und Landwirtschaft,
- Entscheidungen über offene Finanzierungsfragen der von der Bundesregierung geplanten Beteiligung an den Forschungsvorhaben COLUMBUS und HERMES, die allein von 1988 bis 1991 4,5 Mrd. DM kosten sollen.

3. Die noch anstehenden Entscheidungen und Ergänzungen des Haushaltsentwurfs 1988 haben wesentliche Auswirkungen auf den mittelfristigen Finanzplan bis 1991. Dazu kommen die von der Koalition unter Finanzierungsvorbehalt gestellten Maßnahmen, insbesondere

- Erhöhung der Zuschüsse an die Rentenversicherungsträger,
- Beteiligung des Bundes an einer Pflegeversicherung,
- Erhöhung des Kindergeldes,
- Verlängerung des Erziehungsgeldes.

Die angekündigte Entscheidung über die Finanzierung der Steuerentlastung 1990 im Herbst diesen Jahres und die sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen sind im Finanzplan bis 1991 noch nicht berücksichtigt und daher

nachträglich einzubauen, damit die tatsächliche Lage der Bundesfinanzen ersichtlich wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich eine realistische Bestandsaufnahme für den Bundeshaushalt 1987 vorzulegen,
2. spätestens bis zu den Beratungen der wichtigen Einzelpläne des Haushaltsentwurfs 1988 im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages eine Ergänzungsvorlage zu erarbeiten, damit eine sinnvolle parlamentarische Beratung möglich wird,
3. den Finanzplan zu überarbeiten und bis zur Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 1988 im November diesen Jahres einen neuen Finanzplan mit realistischen Eckdaten vorzulegen.

Bonn, den 11. September 1987

Dr. Vogel und Fraktion

